

Handbuch zum Kommunalwahlrecht in Nordrhein-Westfalen

Praxiskommentar und Ratgeber.

Bearbeitet von

Dr. Dieter Kallerhoff, Hans-Gerd von Lennep, Prof. Dr. Frank Bätge, Michael Becker, Dr. Otmar Schneider,
Dr. Martin Schnell

1. Auflage 2008. Taschenbuch. 432 S. Paperback
ISBN 978 3 556 01206 2

[Recht > Öffentliches Recht > Länderrecht, insbes. Rechtssammlungen > Landesrecht
Nordrhein-Westfalen](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of increasing size. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

Literaturverzeichnis

A. Verfassungsrechtliche Grundlagen der Kommunalwahlen

I. Wahlrechtsgrundsätze

1. Allgemeinheit der Wahl
2. Unmittelbarkeit der Wahl
3. Geheimheit der Wahl
 - 3.1 Allgemeine Anforderungen
 - 3.2 Besondere Anforderungen bei der Briefwahl
4. Gleichheit der Wahl
 - 4.1 Allgemeine Anforderungen
 - 4.2 Der enge Spielraum des Gesetzgebers
 - 4.3 Die Anforderungen an das Wahlsystem
 - 4.4 Die Anforderungen an die Wahlkreiseinteilung
 - 4.5 Die Organisation der Wahl
 - 4.6 Sperrklauseln
 - 4.7 Recht auf chancengleiche Teilnahme an der Kommunalwahl
 - 4.7.1 Die Wettbewerbsgleichheit
 - 4.7.2 § 5 Abs. 1, 2 ParteiG
 - 4.7.3 Überlassung kommunaler Einrichtungen und Leistungen
 - 4.7.4 Freigabe von Wahlwerbung
 - 4.7.5 Kommunale Öffentlichkeitsarbeit
5. Die Freiheit der Wahl
 - 5.1 Allgemeine Anforderungen
 - 5.2 Das Verbot amtlicher Wahlbeeinflussung
 - 5.3 Die unzulässige Wahlbeeinflussung
 - 5.4 Die Wahlbeeinflussung durch Unwahrheiten, Manipulation und unzureichende Information
 - 5.5 Die Unterscheidung zwischen amtlichen und sonstigen Wahlbeeinflussungen

II. Insbesondere: Die Neutralitätspflicht

1. Die Neutralitätspflicht im Kommunalwahlkampf
 - 1.1 Die Neutralitätspflicht der Gemeinde und ihrer Organe
 - 1.2 Die Neutralitätspflicht der Wahlorgane
 - 1.3 Keine Neutralitätspflicht von Ratsmitgliedern und Fraktionen
2. Die Neutralitätspflicht des kandidierenden Amtsinhabers
 - 2.1 Das Spannungsverhältnis von Amt und Wahlkampf
 - 2.2 Die Abgrenzung amtlicher Vorgänge zur privaten Wahlwerbung
 - 2.2.1 Die direkte Zuordnung zum Amt
 - 2.2.2 Wahlwerbung mit „amtlichen“ Mitteln
 - 2.2.3 Würdigung der Gesamtumstände
 - 2.3 Was darf der kandidierende Bürgermeister?
 - 2.4 Was darf der kandidierende Bürgermeister nicht?

B. Wahlvorbereitung und Wahl des Rates bzw. Kreistags

I. Wahlvorbereitung und Wahl des Rates bzw. Kreistages aus Sicht der Kommunalverwaltung und der Wahlorgane

1. Wahlorgane
 - 1.1 Wahlleiter
 - 1.2 Wahlausschuss
 - 1.2.1 Zusammensetzung
 - 1.2.2 Aufgaben
 - 1.2.3 Verfahren
 - 1.3 Wahlvorstände und Briefwahlvorstände
 - 1.3.1 Zuständigkeiten
 - 1.3.2 Zusammensetzung
 - 1.3.3 Neutralitätsverpflichtung
 - 1.3.4 Rechtliche Instrumente zur Gewinnung von Wahlhelfern
 - 1.3.4.1 Ehrenamt
 - 1.3.4.2 Wahlhelfergewinnung
 - 1.3.4.2.1 Allgemeines
 - 1.3.4.2.2 Personelle Anforderungen an die Mitglieder der Wahlvorstände
 - 1.3.4.2.3 Rechtliche und tatsächliche Rekrutierung der Mitglieder der Wahlvorstände
 - 1.3.4.2.4 Anreize für eine Wahlhelfergewinnung
 - 1.3.4.2.5 Rechtliche Anforderungen an die Verpflichtung als Wahlhelfer
 - 1.3.4.2.6 Nach der Wahl ist vor der Wahl
 - 1.3.5 Aufgaben der Wahlvorstände
 - 1.3.5.1 Allgemeine Wahlvorstände
 - 1.3.5.1.1 Wahlvorsteher
 - 1.3.5.1.2 Wahlvorstand als Kollegium
 - 1.3.5.1.3 Schriftführer
 - 1.3.5.1.4 Beisitzer
 - 1.3.5.2 Briefwahlvorstände
 - 1.3.6 Verfahren
 - 1.4 Vertretung (Rat bzw. Kreistag) und Hauptverwaltungsbeamter (Bürgermeister bzw. Landrat)
 - 1.5 Aufsichtsbehörde
2. Beachtung wichtiger Termine
 - 2.1 Möglichkeit zur Reduzierung der Vertreter
 - 2.2 Einteilung der Wahlbezirke
 - 2.3 Öffentliche Bekanntgabe über die Wahlbezirkseinteilung
 - 2.4 Beschlussfassung über die Zulassung von Wahlvorschlägen
 - 2.5 Entscheidung über die Zulassung von Wahlvorschlägen im Falle von Beschwerden
 - 2.6 Bekanntgabe der zugelassenen Wahlvorschläge
 - 2.7 Durchführung der Wahlhandlung
 - 2.8 Feststellung des Wahlergebnisses
 - 2.9 Benachrichtigung und öffentliche Bekanntgabe der gewählten Bewerber
3. Festlegung der zu wählenden Vertreter
 - 3.1 Gesetzliche Festlegung
 - 3.1.1 Gemeinden

- 3.1.2 Kreise
 - 3.2 Verringerung durch Satzung
- 4. Einteilung der Wahl- und Stimmbezirke
 - 4.1 Einteilung der Wahlbezirke
 - 4.1.1 Gesetzliche Vorgaben
 - 4.1.2 Rechtliches Rangverhältnis der Einteilungskriterien
 - 4.1.3 Wahlorganisatorische Aspekte
 - 4.2 Einteilung der Stimmbezirke
- 5. Ermittlung der Wahlberechtigung
 - 5.1 Aktives Wahlrecht
 - 5.2 Ausschluss vom aktiven Wahlrecht
 - 5.3 Wählerverzeichnis
 - 5.4 Wahlschein
- 6. Wählbarkeit
- 7. Prüfung der Wahlvorschläge
 - 7.1 Arten von Wahlvorschlägen
 - 7.2 Wahlvorschlagsträger
 - 7.3 Einreichungsfrist
 - 7.3.1 Frühestmöglicher Zeitpunkt
 - 7.3.2 Ende der Einreichungsfrist
 - 7.4 Grundsätzliche formale Anforderungen
 - 7.4.1 Verbot der Mehrfachkandidatur
 - 7.4.2 Erforderliche Angaben
 - 7.4.3 Unterschriften
 - 7.4.4 Unterstützungsunterschriften
 - 7.4.5 Vertrauenspersonen
 - 7.4.6 Zustimmung
 - 7.5 Vorprüfung durch den Wahlleiter und Mängelbeseitigung
 - 7.5.1 Prüfungsmaßstab
 - 7.5.2 Mängelbehebung
 - 7.5.3 Informations- und Vorbereitungsfunktion
 - 7.6 Zulassung bzw. Zurückweisung der Wahlvorschläge durch den Wahlausschuss
 - 7.7. Rechtsschutz gegen die Entscheidung des Wahlausschusses
- 8. Aufgaben der Verwaltung am Wahltag
 - 8.1. Wahltag und Wahlzeit
 - 8.2. Stimmbezirke, Auswahl und Ausstattung der Wahlräume
 - 8.2.1 Einteilung der Stimmbezirke
 - 8.2.2 Auswahl und Ausstattung der Wahlräume
 - 8.3. Wahlwerbung am Wahltag
- 9. Wahldurchführung
 - 9.1. Öffentlichkeit der Wahl
 - 9.2. Stimmzettel
 - 9.2.1 Beschaffenheit
 - 9.2.2. Reihenfolge der Wahlvorschläge
 - 9.3. Stimmabgabe im Urnengang bzw. per Briefwahl
 - 9.4. Stimmabgabe bei Stimmzahlgeräten
 - 9.5. Stimmzählung und Gültigkeit der Stimmen
 - 9.5.1 Stimmzählung
 - 9.5.2 Gültigkeit von Stimmen
 - 9.5.3 Beispiele ungültiger und gültiger Stimmen

- 9.5.3.1 Nur bei der Briefwahl: Mängel im Umschlag
- 9.5.3.2 Mängel in der äußeren Beschaffenheit des Stimmzettels
- 9.5.3.3 Mängel in der Kennzeichnung
- 9.5.3.4 Verletzung des Wahlgeheimnisses

10. Wahlergebnis und Sitzverteilung

- 10.1 Feststellung des Wahlergebnisses
- 10.2 Sitzverteilung nach dem Divisorverfahren mit Standardrundung
 - 10.2.1 Divisorverfahren mit Standardrundung nach Sainte-Laguë/Schepers
 - 10.2.2 Erfordernis eines rechnerischen Mindestsitzanteiles
 - 10.2.3 Zuschlagsmandat
 - 10.2.4 Beispiele für die Sitzverteilung nach dem Divisorverfahren
 - 10.2.4.1 Grundprinzip (1. Schritt)
 - 10.2.4.2 Zuschlagsmandat (2. Schritt)
 - 10.2.4.3 Rechnerischer Mindestsitzanteil (Abwandlung)

11. Einleitung des Annahmeverfahrens

II. Nachwahlen und Wiederholungswahlen

1. Nachwahl

- 1.1 Nachwahlgründe
- 1.2 Zeitpunkt der Nachwahl
- 1.3 Verfahren der Nachwahl

2. Wiederholungswahl

- 2.1 Grund
- 2.2 Zeitpunkt
- 2.3 Verfahren

III. Wahlvorbereitung und Wahl des Rates bzw. Kreistages aus Sicht der Parteien und Wählergruppen

1. Allgemeine Regelungen und Termine zur Kandidatenaufstellung

- 1.1 Zeitpunkt
- 1.2 Anzahl der Kandidaten und Ersatzbewerber
- 1.3 Bedeutung der Wahlbezirkseinteilung
- 1.4 Wählbarkeit
- 1.5 Die Inkompatibilität nach § 13 KWahlG
 - 1.5.1 Begriffsbestimmung
 - 1.5.2 Verfassungsrechtliche Rechtfertigung
 - 1.5.3 Zweck und verfassungsrechtliche Grenzen der Inkompatibilität
 - 1.5.4 Erfasster Personenkreis
 - 1.5.5 Tätigkeit, die zur Unvereinbarkeit von Amt und Mandat führen
 - 1.5.6 Verfahrensrechtliche Aspekte
 - 1.5.6.1 Angaben im Wahlvorschlag
 - 1.5.6.2 Prüfungsdichte des Wahlleiters
 - 1.5.6.3 Handlungspflichten des Wahlleiters bei einer Inkompatibilität

1.6 Wahlvorschlag

1.7 Vertrauensperson

2. Aufstellungsverfahren zur Bestimmung der Kandidaten in einer Mitglieder- oder Vertreterversammlung (§ 17 KWahlG)

2.1 Zuständigkeit der Versammlung

- 2.2 Wahlberechtigung im Zeitpunkt der Aufstellungsversammlung
- 2.3 Wählbarkeit im Zeitpunkt der Aufstellungsversammlung
- 2.4 Verfahrensablauf
 - 2.4.1 Einladung
 - 2.4.2 Durchführung
 - 2.4.3 Niederschrift

3. Wichtige Termine

- 3.1 Frühester Zeitpunkt für die Wahl der Vertreter für die Vertreterversammlung und der Bewerber
- 3.2 Wahlbekanntmachung
- 3.3 Letzter Tag - bis 18.00 Uhr - für die Einreichung der Wahlvorschläge und der Beseitigung von Mängeln, die die Gültigkeit der Wahlvorschläge berühren
- 3.4 Letzter Tag für die Entscheidung des Wahlausschusses über die Zulassung der Wahlvorschläge und Bekanntgabe der Entscheidung durch den Wahlleiter
- 3.5 Letzter Tag zur Einlegung der Beschwerde gegen die Zurückweisung oder die Zulassung eines Wahlvorschlages

IV. Wahlvorbereitung und Wahl des Rates bzw. Kreistages aus Sicht der Einzelbewerber

1. Wahlvorschläge

2. Besondere vom Einzelbewerber zu beachtende Termine

- 2.1 Wahlbekanntmachung
- 2.2 Letzter Tag - bis 18.00 Uhr - für die Einreichung der Wahlvorschläge und der Beseitigung von Mängeln, die die Gültigkeit der Wahlvorschläge berühren
- 2.3 Letzter Tag für die Entscheidung des Wahlausschusses über die Zulassung der Wahlvorschläge und Bekanntgabe der Entscheidung durch den Wahlleiter
- 2.4 Letzter Tag zur Einlegung der Beschwerde gegen die Zurückweisung oder die Zulassung eines Wahlvorschlages

V. Wahlwerbung

1. Wahlsichtwerbung

- 1.1 Das Aufstellen von Informationsständen, Werbetafeln und Stellschildern
 - 1.1.1 Straßenrechtliche Sondernutzung?
 - 1.1.2 Anspruch auf Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis?
 - 1.1.3 Umfang des Anspruchs auf Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis
 - 1.1.4 Sondernutzungsgebühren für Wahlwerbung?
 - 1.1.5 Sanktionsmöglichkeiten eines Verstoßes gegen die Sondernutzungserlaubnis
 - 1.1.6 Straßenverkehrsrechtliche Fragestellungen
- 1.2 Verteilung von Wahlbroschüren und Handzetteln

2. Lautsprecherwerbung

3. Überlassung kommunaler Einrichtungen wie Stadthallen aber auch kommunaler Internetseiten

- 3.1 Vorliegen einer öffentlichen Einrichtung?
- 3.2 Anspruchsumfang
 - III.2.1 Verfassungsfeindlichkeit einer Partei als Ausschlussgrund?
 - III.2.2 Die Widmung als Grenze des gesetzlichen Anspruchs
 - III.2.3 Sonstige Einschränkungen des gesetzlichen Anspruchs
 - III.2.4 Anspruch auf ermessensfehlerfreie Entscheidung für den Fall einer Sondernutzung?
- III.3 Anspruchsberechtigte
- III.4 Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten?

C. Wahlvorbereitung und Wahl der Bezirksvertretungen

- I. Wahlsystem und Wahlrecht
- II. Wahlsystem und Wahlrecht
- III. Unvereinbarkeit (Inkompatibilität)
- IV. Sitzverteilung

D. Die Wahl der Bürgermeister und Landräte

- I. Grundsätzliches
- II. Die Dauer der Wahlzeit des hauptamtlichen Bürgermeisters bzw. Landrates
- III. Der Wegfall der Stichwahl
- IV. Persönliche Anforderungen an die Wählbarkeit
- V. Das Wahlverfahren der Bürgermeister und Landräte - insbesondere aus Sicht der Bewerber bzw. der sie tragenden Parteien oder Wählergruppen
- VI. Gewonnen oder Verloren?
- VII. Wahlorganisatorische Fragen rund um die kommunalen Wahlvorbereitungen nebst Durchführung der Wahl
- VIII. Vereidigungen und Amtseinführung
- IX. Möglichkeit einer erneuten Kandidatur?
- X. Beamtenrechtliche Regelungen im Falle einer Wahl
- XI. Die Abwahl des Bürgermeisters
 - 1. Allgemeines
 - 2. Das Abwahlverfahren
 - 2.1 Die Einleitung des Abwahlverfahrens
 - 2.1.1 Einhaltung einer mindestens zweiwöchigen „Abkühlungsfrist“
 - 2.1.2 Der Ratsbeschluss über den Einleitungsantrag
 - 2.1.3 Organisatorische Belange
 - 2.1.4 Die Abwahlentscheidung durch die Bürgerschaft
 - 2.1.5 Der Verzicht auf das Abwahlverfahren (§ 66 Abs. 2 GO bzw. § 45 Abs. 2 KrO)
 - 2.1.6 Das Ausscheiden aus dem Amt
 - 2.1.7 Rechtsschutzmöglichkeiten
 - 2.1.7.1 Wahlnachprüfungsverfahren
 - 2.1.7.2 Beanstandungspflicht nach § 54 Abs. 2 GO bzw. § 39 Abs. 2 KrO?
 - 2.1.8 Das Ruhen der Amtsgeschäfte
 - 2.1.9 Beamtenrechtliche Besonderheiten bei einer Abwahl

E. Die konstituierende Sitzung des Rates

I. Einladung, Beachtung wichtiger Fristen

- 1. Einberufung, Einladung
- 2. Beachtung wichtiger Fristen

II. Tagesordnung

III. Wahl des stellvertretenden Bürgermeisters

IV. Einführung gewählter Ratsmitglieder sowie stellvertretender Bürgermeister

V. Festlegung der Ausschüsse und ihrer Besetzung

1. Festlegung der Ausschüsse
2. Besetzung

VI. Wahl der Ausschussvorsitzenden

F. Die Wahlprüfung

I. Zweck

II. Historische Entwicklung

III. Wahlprüfungsverfahren

1. Prüfungshandlungen vor der Wahl
2. Gemeindliches Wahlprüfungsverfahren
3. Gerichtliche Wahlprüfung
4. Einspruchsverfahren
 - 4.1. Die Einspruchsberechtigten im Einzelnen (§ 38 Abs. 1 KWahlG)
 - 4.2. Form, Frist und notwendiger Inhalt des Einspruchs
 - 4.3. Verhältnis anfechtbarer Handlungen vor und bei der Wahl zum Einspruch (§ 39 Abs. 2 KWahlG)
5. Prüfung im Einzelnen
 - 5.1 Vorprüfung durch den Wahlprüfungsausschuss
 - 5.2 Wahlprüfung durch den Rat
 - 5.3 Die Wahlprüfungsentscheidungen
 - 5.3.1 Anordnung des Ausscheidens eines Vertreters (§ 40 Abs. 1 Buchst. a KWahlG)
 - 5.3.1.1 Voraussetzungen und Inhalt der Entscheidung und Verfahren
 - 5.3.1.2 Wirkung der Entscheidung (§ 40 Abs. 3 KWahlG)
 - 5.3.1.3 Zwischenentscheidung des Rates (§ 40 Abs. 4 KWahlG)
 - 5.3.1.4 gerichtliche Zwischenentscheidung (§ 41 Abs. 2 KWahlG)
 - 5.3.2 Erklärung der Ungültigkeit der Wahl und Anordnung einer Wiederholungswahl (§ 40 Abs. 1 Buchst. b KWahlG)
 - 5.3.2.1 Voraussetzungen und Inhalt der Entscheidung und Verfahren
 - 5.3.2.2 Wirkung der Entscheidung (§ 40 Abs. 3 KWahlG), Zwischenentscheidung des Rates (§ 40 Abs. 4 KWahlG) und gerichtliche Zwischenentscheidung (§ 41 Abs. 2 KWahlG), sofortige Vollziehbarkeit (§§ 80 Abs. 2 Nr. 4, 80a VwGO)
 - 5.3.2.3 Wiederholungswahl (§ 42 KWahlG)
 - 5.3.3 Aufhebung der Feststellung des Wahlergebnisses und Anordnung einer Neufeststellung bzw. Erklärung der Ungültigkeit der Wahl und Anordnung einer Wiederholungswahl (§ 40 Abs. 1 Buchst. c KWahlG)
 - 5.3.3.1 Voraussetzungen und Inhalt der Entscheidung und Verfahren
 - 5.3.3.2 Wirkung der Entscheidung, Ausscheiden von Vertretern (§ 40 Abs. 3 KWahlG), Zwischenentscheidung des Rates (§ 40 Abs. 4 KWahlG) und gerichtliche Zwischenentscheidung (§ 41 Abs. 2 KWahlG), sofortige Vollziehbarkeit (§ 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO)
 - 5.3.3.3 Neufeststellung des Wahlergebnisses (§ 43 KWahlG)
 - 5.4. Das verwaltungsgerichtliche Wahlprüfungsverfahren

- 5.4.1 Der Kreis der Klagebefugten
- 5.4.2 Klageart, Vorverfahren, Klagefrist, Beklagter, notwendige Beiladung
- 5.4.3 Begründetheit der Klage
- 5.4.4 Rechtsmittelzug
- 5.4.5 Einstweiliger Rechtsschutz

6. Besonderheiten für die Wahl des Kreistags und der Bezirksvertretungen, der Bürgermeister und Landräte

G. Kurzüberblick über Rechte und Pflichten allgemein und bezogen auf die Rats- und Ausschusssitzungen

I. Rechte

1. Freies Mandat
2. Ersatz von Verdienstausschlag
3. Aufwandsentschädigung
4. Fragerecht
5. Bildung von Fraktionen
6. Einberufung der Ratssitzung
7. Zwingende Vorschläge zur Tagesordnung

II. Pflichten

1. Treuepflicht/ Vertretungsverbot
 - 1.1. Allgemeine Treuepflicht
 - 1.2 Vertretungsverbot
2. Pflicht zur Verschwiegenheit
3. Mitwirkungsverbot

H. Verlust der Mitgliedschaft und Ersatzbestimmung

I. Verlust der Mitgliedschaft

1. Verlust der Ratsmitgliedschaft - §§ 37, 38, 46 KWahlG
 - 1.1 Verzicht - § 38 KWahlG
 - 1.1.1 Adressat und Form des Verzichts
 - 1.1.2 Nebenbestimmungen
 - 1.1.3 Anfechtbarkeit
 - 1.1.4 Entscheidungskompetenz
 - 1.1.5 Rechtsschutz
 - 1.2 Nachträglicher Verlust der Wählbarkeit
 - 1.2.1 Verlust der Wählbarkeit oder des Wahlrechts infolge Richterspruchs
 - 1.2.2 Nachträgliche Bestellung eines Betreuers
 - 1.2.3 Verlust der Deutschen Staatsangehörigkeit oder der Staatsangehörigkeit eines EU-Staates
 - 1.2.4 Wegzug aus dem Wahlgebiet
 - 1.2.5 Entscheidungskompetenz und Rechtsschutz
 - 1.3 Parteiverbot, Vereinigungsverbot, Wahlverbot für Umstürzler - §§ 37 Nr. 3, 46 KWahlG
 - 1.3.1 Parteiverbot - Art. 21 GG
 - 1.3.2 Vereinigungsverbot
 - 1.3.3 Wahlverbot für Umstürzler - Art. 32 Abs. 2 LVerf
 - 1.3.4 Entscheidungskompetenz und Rechtsschutz

- 1.4 Ungültigkeit der Wahl
- 1.5 Nachträgliche Feststellung eines Hindernisses für die gleichzeitige Zugehörigkeit zu einer Vertretung
 - 1.5.1 Unvereinbarkeitstatbestände
 - 1.5.2 Entscheidungskompetenz und Rechtsschutz
- 1.6 Annahme der Wahl zum Bürgermeister
 - 1.6.1 Verlusttatbestand
 - 1.6.2 Entscheidungskompetenz und Rechtsschutz

2. Verlust der Mitgliedschaft im Kreistag und in der Bezirksvertretung

II. Ersatzbestimmung

- 1. Die Ersatzbestimmung von Mitgliedern des Gemeinderats - § 45 NRW KWahlG
 - 1.1 Materiell-rechtliche Vorgaben für die Ersatzbestimmung
 - 1.1.1 Tatbestandsvoraussetzungen
 - 1.1.2 Rechtsfolgen
 - 1.1.2.1 Ersatzbewerber oder Reihenfolge der Reserveliste
 - 1.1.2.1.1 Ersatzbewerber
 - 1.1.2.1.2 Listennächster
 - 1.1.2.2 Bestimmung des konkreten Listennachfolgers
 - 1.1.2.2.1 Ausscheiden aus der Partei oder Wählergruppe
 - 1.1.2.2.2 Ablehnung der Annahme der Wahl
 - 1.1.2.2.3 Verzicht auf die Anwartschaft
 - 1.1.2.2.4 Verlust der Wählbarkeit, Tod oder Ablehnung der Annahme der Wahl im Rahmen der Ersatzbestimmung
 - 1.1.2.2.5 Weitere materiell-rechtliche Vorgaben für die Ersatzbestimmung
 - 1.1.2.2.6 Rechtsfolgen der Nichtberücksichtigung eines Ersatzbewerbers oder Listennächsten
 - 1.2 Das Ersatzbesetzungsverfahren
 - 1.2.1 Ausscheiden des Vertreters (Vorliegen der Voraussetzungen des § 45 Abs. 1 Satz 1 KWahlG)
 - 1.2.2 Vorläufige Feststellung des Listennachfolgers (§ 45 Abs. 2 KWahlG, § 59 Abs. 1 KWahlO)
 - 1.2.3 Benachrichtigung des Bewerbers (§ 62 KWahlO i.V.m. § 35 KWahlG)
 - 1.2.4 Abschließende Feststellung des Nachfolgers (§ 45 Abs. 2 KWahlG)
 - 1.2.5 Öffentliche Bekanntmachung des festgestellten Nachfolgers (§ 45 Abs. 2 KWahlG)
 - 1.2.6 Entscheidungskompetenz und Rechtsschutz
 - 1.2.6.1 Wahlprüfungsverfahren
 - 1.2.6.1.1 Gemeindliches Wahlprüfungsverfahren
 - 1.2.6.1.2 Gerichtliches Wahlprüfungsverfahren
 - 1.2.6.2 Rechtsschutz nach der VwGO

2. Kreistag und Bezirksregierung

Anhang: Leitsätze der Rechtsprechung des OVG NRW zum Wahlrecht

I. Wahlrechtsgrundsätze

- 1. Allgemeinheit der Wahl
- 2. Unmittelbarkeit der Wahl
- 3. Geheimheit der Wahl
- 4. Gleichheit der Wahl

- 5. Freiheit der Wahl
- II. Wahlvorschläge**
- III. Inkompatibilität**
- IV. Wahlrecht**
 - 1. Aktives Wahlrecht
 - 2. Passives Wahlrecht
- V. Wahlwerbung**
- VI. Wahlverfahren**
- VII. Wahlhelfer**
- VIII. Wahlfehler/Wahlanfechtung**
 - 1. Prozessuale Fragen
 - 2. Materielle Fragen
- IX. Verlust des Mandats**
- X. Wahlkampfkosten**

Stichwortverzeichnis